

(A) **Staatsminister Graf Bixthum v. Göttsädt:** Der Regierung ist weder von einem besonderen, zum Schutze der Arbeitswilligen bestimmten Abschnitte des Strafgesetzbuches etwas bekannt, noch weiß sie von einer Absicht, die Regelung des Arbeitswilligenschutzes demnächst zum Gegenstande eines besonderen gesetzgeberischen Vorgehens zu machen.

(Bravo! in der Mitte.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Spieß.

**Abgeordneter Dr. Spieß:** Meine Herren! Ich wäre versucht, die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Sindermann zu widerlegen. Bei der späten Stunde, zu der ich zum Wort komme, ist das natürlich ganz unmöglich, ich würde das Haus viel zu lange aufhalten, ich werde aber auf verschiedene Übertreibungen im Laufe der weiteren Ausführungen zukommen. Nur das eine kann ich im voraus sagen, was vorhin der Herr Vizepräsident Dpiß schon betont hat: daß wir für die Arbeiterschaft und für ihre berechtigten Interessen dasselbe Herz haben wie Sie drüben,

(Sehr richtig! rechts.)

(B) vielleicht noch ein wärmeres Herz, weil wir sie materiell besser zu stellen suchen und keine solchen Opfer von ihnen verlangen, wie die Sozialdemokratie von den Organisationen, die ihnen bei weitem mehr abnimmt, als der Staat an Steuern von ihnen erhebt.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das alte gute Herz!)

Ich bin dem Herrn Kollegen Brodauf dankbar, mit dem ich mich zunächst beschäftigen möchte, daß er den Fehler wieder gut gemacht hat, den der Herr Abgeordnete Winkler vorhin beging. Der Herr Abgeordnete Brodauf hat sich darüber beschwert, der Herr Abgeordnete Winkler habe die gesamten bürgerlichen Parteien in einen Topf geworfen. Der Herr Abgeordnete Brodauf hat die Güte gehabt, die reinliche Scheidung zwischen uns Konservativen und den Fortschrittler vorzunehmen, für die wir ihm nur dankbar sein können. Aber er hat auf der anderen Seite sich doch nicht versagen können, uns wieder mit der Sozialdemokratie in einen gewissen Zusammenhang zu bringen, indem er darauf hingewiesen hat, daß wir mit dazu beigetragen haben, daß im Vogtland sozialdemokratische Sitze erobert worden sind.

(Abgeordneter Koch: Auch im Erzgebirge!)

Das ist durchaus unrichtig und schon oft widerlegt worden: die ländlichen Wähler haben sich der Stimme

enthalten, weil die Fortschrittler sich geweigert haben, sie paritätisch zu behandeln.

(Sehr richtig! rechts. — Abgeordneter Koch: Im Erzgebirge war es anders!)

Dann ist der Herr Abgeordnete Brodauf noch auf die Äußerung des Herrn Vizepräsidenten Dpiß gekommen, die dieser im Jahre 1912 in bezug auf das Streikpostenstehen getan hat. Was der Herr Abgeordnete Brodauf vorgelesen hat, ist richtig. Aber er hätte nur noch weiter lesen sollen. Ich darf wohl einiges verlesen, Herr Präsident?

(Präsident: Wird gestattet.)

Denn nachdem der Herr Abgeordnete Dpiß gesagt hatte:

„Und wenn die Arbeitnehmerschaft hierbei glaubt, ihr Koalitionsrecht wirksamer machen zu können dadurch, daß sie im Falle des Ausbruches eines Ausstandes dazu verschreitet, Streikposten zu stellen, so erkennen wir ihr auch dieses Recht in keiner Weise ab,“ hat er hinzugesetzt:

„aber wir wollen dieses Recht eingegrenzt wissen dahin, daß man sich bei Ausübung des Streikpostenstehens innerhalb derjenigen Grenze zu halten hat, die Gesetz und Recht für jedermann vorschreiben.“

(Zurufe rechts und links. — Abgeordneter Brodauf: Das wollen wir auch, aber Sie wollen ein Verbot!) (D)

Wenn er vermißt, daß inzwischen Ereignisse eingetreten seien, die gezeigt hätten, daß das Streikpostenstehen nicht innerhalb der gesetzlichen Grenze geblieben sei, so erinnere ich an den Elbschifferstreik, der der beste Beweis dafür ist.

Der Herr Abgeordnete Brodauf hat uns ferner vorgeworfen, daß wir mit der letzten Reichsfinanzreform unzufrieden seien, insofern als die Reichsvermögenssteuer von den Besitzenden aufgebracht werden müsse und die Lasten nicht von den breiten Massen getragen werden. Nein! Ich möchte, damit keine Mißverständnisse obwalten, hier nochmals betonen, daß wir nur das auf das tiefste bedauern, daß durch die Einführung der Reichsvermögenszuwachssteuer ein Eingriff in die Rechte der Bundesstaaten stattgefunden hat und damit eine Schmälerung der Mittel, die die Bundesstaaten zur Erfüllung ihrer Kulturaufgaben brauchen.

(Zustimmung rechts.)

Den besten Beweis dafür bieten die letzten Vorgänge in Hessen.

Ich möchte nun noch kurz auf unseren Antrag zukommen, weil es nach dem Laufe der Debatte scheint, als